
Wiebke Knell

KNELL: ZUSÄTZLICHES STREUOBSTWIESENZENTRUM IST VERSCHWENDUNG VON STEUERGELD

13.07.2022

Schwarz-Grün versenkt eine Million Euro in Doppelstrukturen

Geld sollte besser in Vergütung der Baumpflege investiert werden

Regionalverband hat Streuobstwiesenzentrum auf dem Lohrberg eingerichtet

Wiebke KNELL, umweltpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat die Landesregierung für deren sogenannte Streuobstwiesenstrategie kritisiert. „Schwarz-Grün suggeriert, mit seiner Streuobstwiesenstrategie den Artenschutz in Hessen stärken zu wollen. Tatsächlich versenkt die Landesregierung aber eine Million Euro in Doppelstrukturen“, erklärt Knell anlässlich der heutigen Debatte im Plenum des Landtags. Die einzige konkrete Maßnahme, die in einem Antrag der schwarz-grünen Koalition in Bezug auf die Streuobstwiesenstrategie genannt werde, sei die Einrichtung und Förderung eines Streuobstwiesenzentrums in Bad Soden. „Ein solches Streuobstwiesenzentrum gibt es bereits nur 20 Kilometer entfernt auf dem Frankfurter Lohrberg, eingerichtet vom Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main gemeinsam mit dem Main-Äppel-Haus. Deshalb ist ein zusätzliches Streuobstwiesenzentrum im Main-Taunus-Kreis, obwohl das Land dem regionalen Projekt hätte beitreten können, Verschwendungen von Steuergeld. Damit wird Schwarz-Grün im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler landen“, prophezeit Knell.

Doppelstrukturen und „grüne Berater“ tragen laut Knell nicht dazu bei, die hessischen Streuobstwiesen zu stärken. „Statt eine Million in ein weiteres Streuobstwiesenzentrum samt Personal zu investieren, sollte die Landesregierung das Geld dafür verwenden, die Pflege der Bäume zu vergüten und so tatsächlich etwas zum Erhalt des Baumbestands

beizutragen“, fordert Knell und ruft Schwarz-Grün auf, mit den örtlichen Akteurinnen und Akteuren zusammenzuarbeiten statt an diesen vorbei. „Es gibt viele Vereine und Initiativen, die sich mit dem Erhalt der Streuobstwiesen beschäftigen, und auch der Regionalverband fördert Streuobstwiesen. Würde die Landesregierung mit ihnen kooperieren, wäre der Schutz von Streuobstwiesen und Arten schon weiter.“